

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Findorff am 15.09.2011 im Jugendzentrum Findorff, Neukirchstraße 23a

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 21.00 Uhr

Nr.: XI/2/11

Anwesend waren:

Frau Gönül Bredehorst  
Herr Mathias Döhle  
Herr Christian Gloede  
Herr August Kötter  
Frau Heidi Locke  
Herr Oliver Otwiaska  
Herr Nima Pirooznia  
Herr Peter Puls  
Herr Peter Reinkendorf  
Herr Frank Schmitz  
Herr Rolf Steinhilber  
Herr Urs Wahl  
Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme waren verhindert:

Herr Stefan Bendrien  
Frau Hille Brünjes

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Dr. Rogner - Institut für Geotechnik  
Herr Schumann - Gewoba  
Herr Paßlack - Gewoba  
Herr Warners - Espabau  
Herr Habedank - Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Ref. 65

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, sie lautete wie folgt:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/1/11 vom 30.06.2011
- TOP 2:** Bodenbeschaffenheit im Stadtteil Findorff  
hier: Stabilität des Baugrundes
- TOP 3:** Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten  
a) aus der Bevölkerung  
b) aus dem Beirat
- TOP 4:** Vergabe der stadtteilbezogenen Globalmittel
- TOP 5:** Bericht der Sprecherin
- TOP 6:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/1/11 vom 30.06.2011**

Das o. a. Protokoll wurde genehmigt.

**TOP 2: Bodenbeschaffenheit im Stadtteil Findorff  
hier: Stabilität des Baugrundes**

Der Vorsitzende begrüßte die zu diesem Tagesordnungspunkt erschienenen Gäste und führte kurz in das Thema ein.

Sodann berichteten die Herren Schumann und Paßlack, Gewoba, u.a. auf Nachfrage ausführlich darüber, dass an der Wohnanlage am Utbremer Ring 229-231 gravierende statische Mängel festgestellt wurden (das Gebäude wurde in den 50er Jahren auf einer sogenannten Torflinse gebaut; die Pfähle zu kurz gewählt sowie minderwertiges Material verwendet). Die Pfahlgründung war soweit abgängig, dass der Wohnblock allein auf der Kellersohle auflag. Diese zeigte bereits Verformungen und ist vorsorglich verstärkt worden. Ohne weitergehende Maßnahmen musste laut Gutachter mit dem Einsturz des Hauses gerechnet werden. Die Mietparteien wurden darüber in einer Veranstaltung informiert; es bestand bereits im Anschluss an diese Versammlung die Möglichkeit, die Betroffenen in ein ortsnahe Hotel umzusiedeln. Ein Speditionsunternehmen wurde beauftragt, die Wohnungen kurzfristig zu räumen und die Einrichtungen einzulagern. Die Kosten für den Umzug, die Hotelunterbringung und die Möbeleinlagerung übernahm die Gewoba. Die Gewoba konnte inzwischen allen Mietern Alternativen anbieten.

Das Gebäude wurde mittlerweile abgerissen; an selber Stelle soll ein Neubau – mit selbstverständlich neuester Gründungstechnik - entstehen.

Herr Warners, Espabau, berichtete, dass im Zuge der beabsichtigten Modernisierungs-/Sanierungsmaßnahmen (sowie Ausbau der Dachgeschosse zu Wohnzwecken, Installierung von Vorstellbalkonen) der Wohnhäuser Borgfelder Straße Nr. 4 – 16, die Häuser Nr. 14 und 16 (deren Rissbildung und Schiefelage bekannt, aber nicht dramatisch war bzw. ist) durch ein Bodengutachten untersucht wurden. Dabei wurde festgestellt, dass zur Installation der Balkone und zur Vermeidung weiterer Absackungen der Gebäude ein erhöhter Gründungsbedarf vorliegt. Der Missstand ist hier begründet durch eine schlechte Gründung (minderwertiges Material). Nach umfangreichen Prüfungen ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass aus wirtschaftlichen Gründen der Abriss der Wohnhäuser 14 und 16 (8 Wohnungen) unumgänglich ist. Die Wohnhäuser werden durch einen Neubau ersetzt. Von den 8 Mietparteien, die durch Herrn Warners in persönlichen Gesprächen informiert wurden, sind derzeit 6 Parteien mit neuem Wohnraum (im nahen Umfeld) versorgt bzw. befinden sich kurz vor dem Umzug. Die genaue Gründungsart des Neubaus (Mehrfamilienhaus mit mehr als 8 Wohnungen) werde derzeit berechnet.

Herr Dr. Rogner, Institut für Geotechnik, verdeutlichte anhand einer Power-Point-Präsentation sowie an einer Baugrundkarte die Beschaffenheit des Bodens in Bremen, den Baugrundaufbau (Auffüllung, Weichschicht/Auelehm/häufig auch mit Torfeinlagen/Wesersand) sowie die verschiedenen Gebäudegründungsvarianten und berichtete, dass Maßnahmen der Grundwasserabsenkungen sich teilweise negativ auf die Gebäude, die in diesem Moment einer enormen Zusatzbelastung ausgeliefert

sind (Setzungen können ausgelöst werden), auswirken könnten – Skizzen sh. Anlage 1. Die Baugrunderkennung dokumentiert alle in den letzten 60 Jahren durchgeführten Baugrunderkennungen. Obwohl bereits eine hohe Datendichte besteht, sind Untersuchungen immer wieder erforderlich, da lokal immer wieder Unterschiede vorhanden sind, z. B. örtliche Torflinsen. In Bremen wurde vor Jahrzehnten mit der Besiedlung auf der sogenannten „Bremer Düne“, die weitestgehend hochwasserfrei war, begonnen. Alle Gebiete, die außerhalb der „Bremer Düne“ lagen, sind im Prinzip zunächst nicht besiedelt worden; aus dem einfachen Grunde, dass diese Gebiete nicht hochwasserfrei waren sowie weil dort oberflächennahe Boden anstanden, die zunächst als Baugrund nicht tauglich waren. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die Flächen hochwasserfrei geschaffen, indem Auffüllungen aufgebracht wurden; hauptsächlich Sande – häufig mit Bauschutt durchgesetzt, also aus bodenmechanischer Sicht nicht hochqualifiziertes Material.

Die Frage, ob in Findorff eine besondere Bodenkonstellation auftritt, konnte mit „nein“ beantwortet werden, weil alles außerhalb der Bremer Düne im Prinzip diese Qualität aufweist.

Herr Habedank, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, machte anschließend nochmals deutlich, dass die heute dargestellten Entwicklungen im Utbremer Ring und in der Borgfelder Straße ganz unterschiedliche Ursachen haben. Zum Thema „Gründung/Grundwasserabsenkungen“ wurde berichtet, dass das Bauressort ein besonderes Hauptaugenmerk auf den Bereich Findorff richtet, entsprechende Auflagen formuliert und während der Bauphase auch überwacht. Auf Nachfrage berichtete Herr Habedank, dass lt. Landesbauordnung jeder Eigentümer (Wohnungsbaugesellschaften oder Privatmann) für die ordnungsgemäße Unterhaltung und Nutzung des Gebäudes verantwortlich ist; bei auftretender Rissbildung sollten Fachleute zu Rate gezogen werden.

Nach eingehender Aussprache zw. Beirat, Bevölkerung und Gästen, in der insbesondere Herr Dr. Rogner zu Fragen Rede und Antwort stand, betonte er beruhigend, dass sich Schäden (z. B. Risse) am Gebäude in der Regel einstellen, sich dann entwickeln, aber keinen spontanen Kollaps des Gebäudes auslösen. Mit einer schlichten Methode, wie mit einer „Gipsplombe“ könne man prüfen, ob das Gebäude in Bewegung ist oder nicht: Dazu sollte man mit handelsüblichen Gips an einer Stelle außergewöhnlich erscheinende Risse schließen und einmal im Monat überprüfen. Reißt der Gips, ist das Gebäude in Bewegung. Herr Habedank gab zur Kenntnis, dass für Hauseigentümer die Möglichkeit bestünde, im Archiv der Abt. Bauordnung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr Bauunterlagen einzusehen, die hinsichtlich der bei ihren Gebäuden verwendeten Baumethode Aufschluss geben könnten. Das kann evtl. auch einen Anhaltspunkt dazu liefern, ob das Gebäude, wegen des Untergrundes auf Pfählen errichtet wurde. Herr Dr. Rogner warf ein, dass in Findorff und z. B. auch in der Neustadt in der Überzahl die Häuser ohne Pfähle gegründet sind.

Der Vorsitzende verabschiedete die Gäste und bedankte sich für die fachliche Begleitung der Sitzung.

Es folgte eine fünfminütige Sitzungspause.

### TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

#### a) aus der Bevölkerung

- Herr Eckert, Findorffer Geschäftsleute e.V., berichtete, dass die Findorffer Geschäftsleute, als Initiatoren und Halter der Weihnachtsbeleuchtung im Stadtteil, die Beleuchtung erhalten und ausbauen möchten. Er bat den Beirat um finanzielle Unterstützung.

Der Beirat beschließt einstimmig, das Gespräch mit Herrn Eckert im Ausschuss für Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung zu führen. Herr Eckert wird gebeten, einen Antrag auf stadtteilbezogene Mittel an das Ortsamt zu stellen. Im Gespräch sollte u. a. auch das Thema „Mieten und Pachten“ etc. thematisiert werden.

#### b) aus dem Beirat

- Auf Nachfrage von Herrn Steinhilber erläuterte Herr Piaskowski, Verkehrssachbearbeiter des Findorffer Polizeireviers, die Gründe für den Baustopp ‚Kanalbaustelle Augsburgs Straße‘. Aufgrund der enormen Schäden durch die Starkregenfälle musste die dort tätige Baufirma Notfallmaßnahmen in verschiedenen Stadtteilen durchführen. Die Bautätigkeiten an der Baustelle werden am 19.09. wieder aufgenommen. Die Baumaßnahme soll im Frühjahr 2012 beendet sein.

- Auf Hinweis von Frau Locke betr. verschiedener Missstände bei Benutzung der Busse durch ältere Personen (erschwertes Einsteigen, da die Busse nicht nah genug an den Bordstein heranfahren, Türen werden zu früh geschlossen etc.) beschließt der Beirat einstimmig, das Gespräch mit Vertretern der BSAG im zuständigen Fachausschuss zu führen.

- Herr Wahl erläuterte und verlas den als Anlage 2 beigefügten Antrag der SPD und der Piratenpartei.

Auf Einwand der GRÜNEN wird sich für folgende Änderung des Antrages ausgesprochen: „Der Beirat Findorff fordert den **Senator für Umwelt, Bau und Verkehr** auf ...“. Das Ortsamt wurde gebeten, die Satzformulierung der Änderung entsprechend anzupassen.

Auf Wunsch des Beirates wird die Antragsdebatte unterbrochen und die Diskussion mit der anwesenden Bevölkerung geführt, in der u.a. ein anwesendes Mitglied des Beirates Mitte nochmals erläutert, dass der Grundstücksverkauf allein im Beiratsgebiet Mitte stattfindet. Zum Thema „Planaufstellungsverfahren“ wird der Beirat Mitte nochmals am 26.09., 19.00 Uhr, AFZ, eine Beiratssitzung durchführen; in diesem Rahmen wird der Beirat eine Stellungnahme zum Planaufstellungsverfahren abgeben. Die Findorffer Beiratsmitglieder wurden zu der Sitzung eingeladen.

Als Fazit der eingehenden Aussprache wird gezogen: Der Antrag wird – wie oben geändert – einstimmig beschlossen. Eine grundsätzliche Unterstützung der Beschlusslage im Beirat Mitte wird – wie auch bereits schon auf Fachausschussebene besprochen - erfolgen.

### TOP 4: Vergabe der stadtteilbezogenen Globalmittel

Folgende einstimmige Beschlusslage zur Mittelvergabe wurde hergestellt:

- Amt für Soziale Dienste, Sanierung Spielplatz Esslinger Straße: Behandlung im Fachausschuss „Bildung, Kinder und Jugend“.

- Grundschule Admiralstraße, Garderobenschränke: Zwei weitere Kostenvorschläge sollten vorgelegt werden (evtl. über Martinshof, ABS). Der Beirat steht dem Antrag positiv gegenüber.
- Schullandheim Gerdshütte e.V., Ausstattung des Außengeländes u.a. mit einer Schaukel: 3.200,-- Euro beschlossen.
- Oberschule Findorff, Photovoltaikanlage auf dem Schulgebäude: Schriftlicher Antrag – inkl. einer genauen Kostenaufstellung - wird erbeten. Behandlung im Fachausschuss „Bildung, Kinder und Jugend“. Der Beirat steht dem Antrag positiv gegenüber und sieht diesen als unterstützenswert an.
- Grundschule Augsburgsberger Straße, Bänke und Tische für den Schulhof: 3.000,-- Euro beschlossen.
- Fidibus e.V., Anschaffung eines Laptops: 600,-- Euro beschlossen.
- Refugio Bremen e.V., Ausstattung von Arbeitsplätzen: 100,-- beschlossen.
- Förderverein Freiwillige Feuerwehr, 6 Helmsprechgarnituren: 900,-- Euro beschlossen.
- Theaterprojekt „Wandeln“: 1.000,-- Euro beschlossen.
- Kooperationswerkstatt Trennung und Scheidung, Flyer: 100,-- Euro beschlossen.
- KSV Vatan, Treffpunkt für Jugendliche: Behandlung im Fachausschuss „Bildung, Kinder und Jugend“.

#### **TOP 5: Bericht der Sprecherin**

Frau Locke berichtete, dass der „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte“ (ehem. Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten) sich konstituiert hat. Diskutiert wurden Anregungen der Beiräte, Abgeordneten, Bevölkerung etc., wie zukünftige Sitzungen durchgeführt werden könnten; die Auswertung läuft derzeit. Weiter wurde ein Antrag des Beirates Vegesack auf Erhöhung der Sitzungsgelder von derzeit 20,45 Euro auf 25,00 Euro beraten. Der Antrag ist an die Senatskanzlei verwiesen worden. Der Findorffer Beirat habe in seiner Koordinierungsrunde beraten; sich diesem Antrag nicht anzuschließen.

Eine Sitzung der Beirätekonferenz hat noch nicht stattgefunden.

#### **TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes**

Es lag nichts vor.

Vorsitzender:

Sprecherin:

Protokollantin:

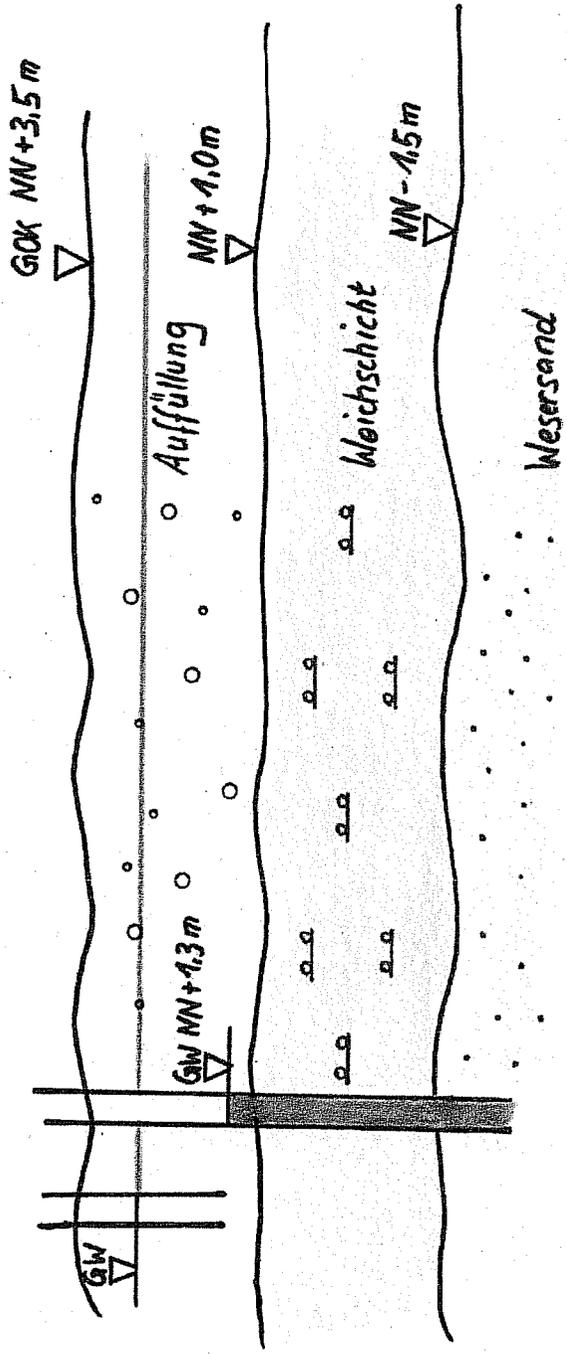
- Mester -

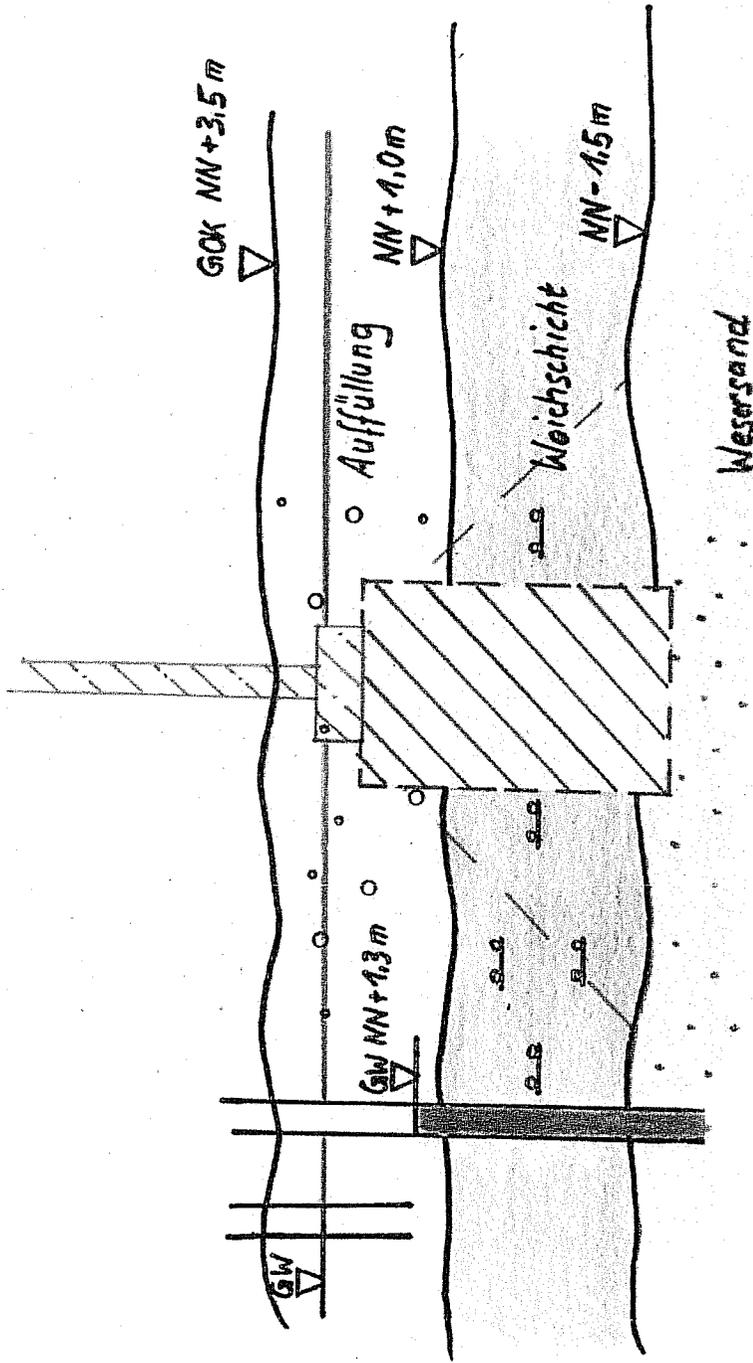
- Locke -

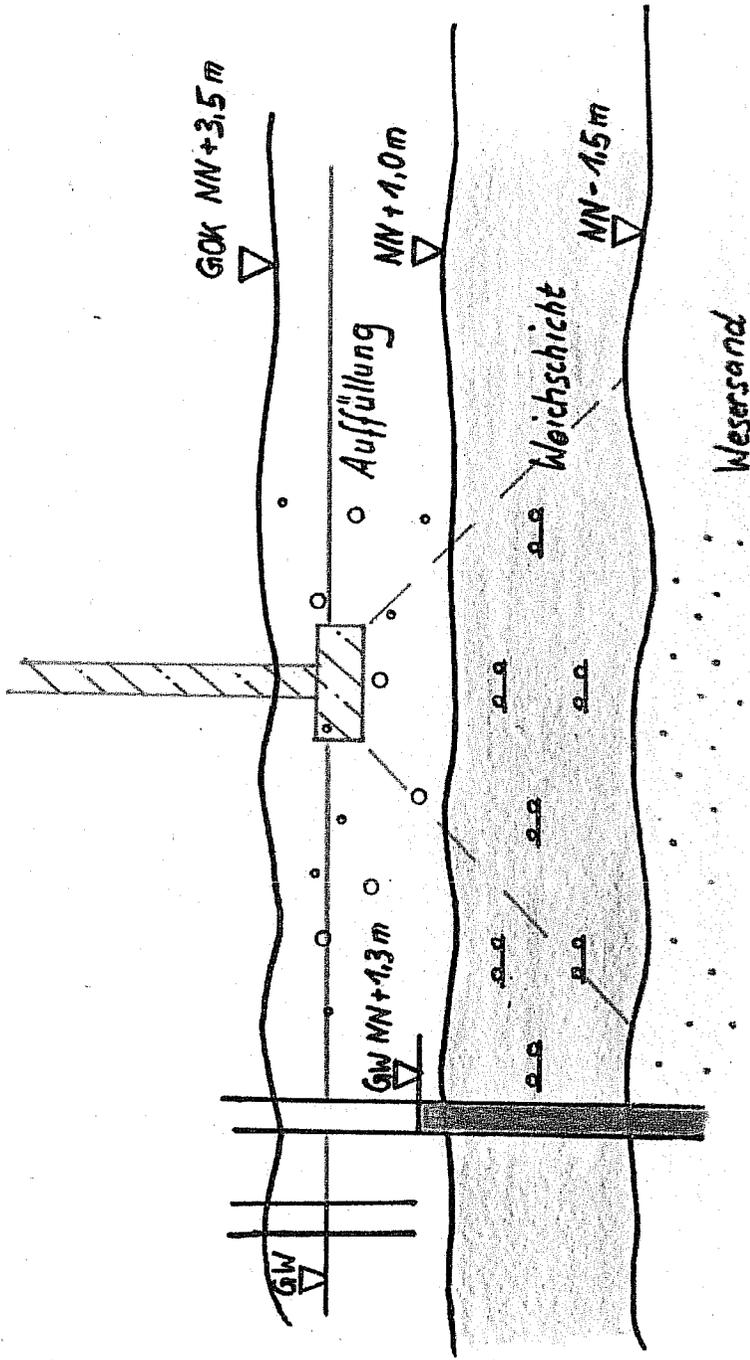
- Rohlfis -

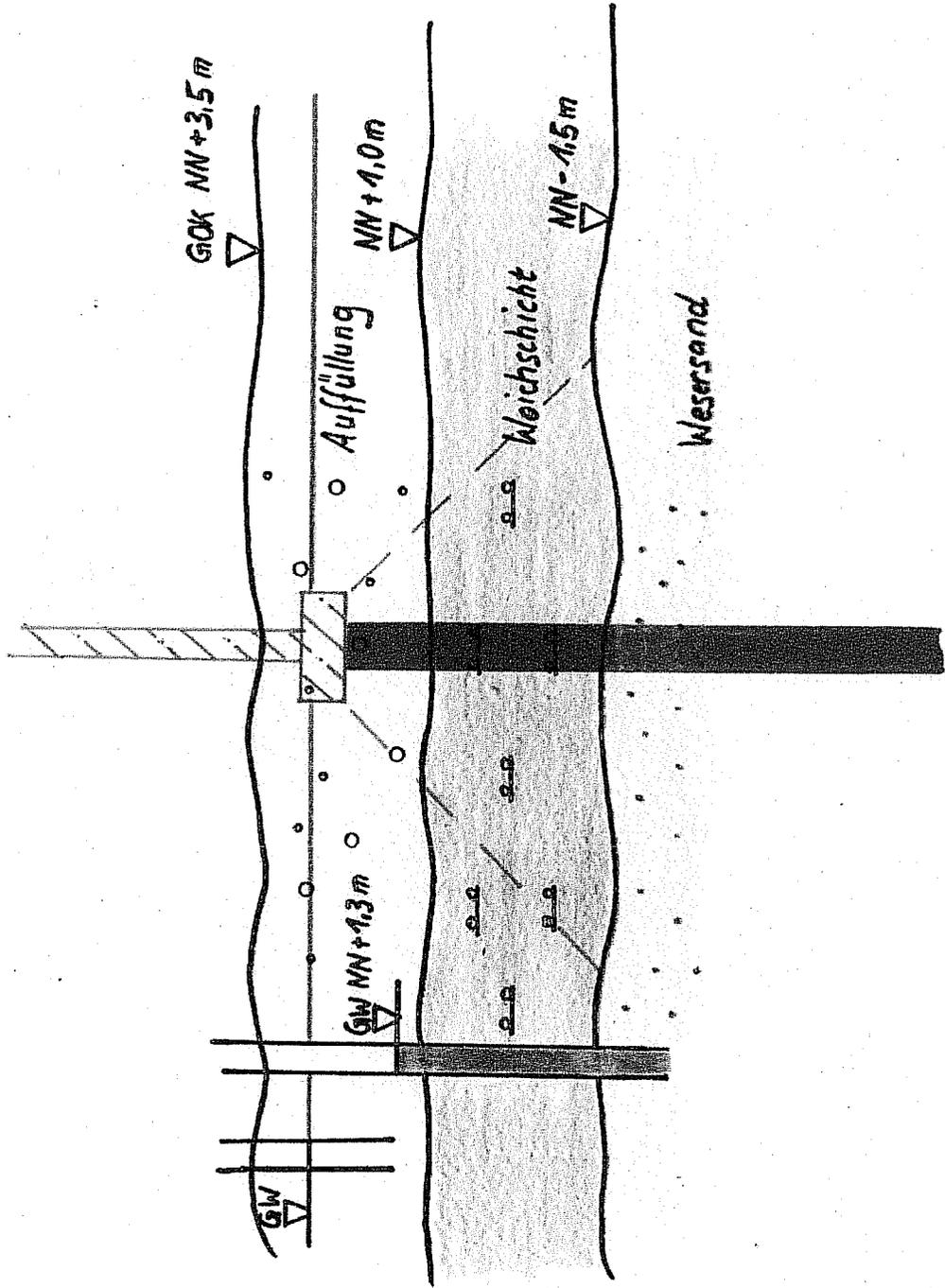
Anlagen

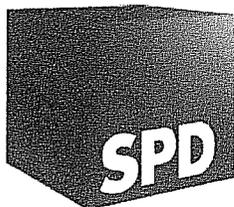
1











**SPD**  
Fraktion im Beirat Findorff

**Piratenpartei Deutschland**  
Landesverband Bremen  
Daniel-von-Büren-Str. 15  
28195 Bremen

Der Beirat Findorff möge folgenden Antrag beschließen:

Der Beirat Findorff fordert den Beirat Mitte auf, dem Verkauf des Grundstücks zur Ertüchtigung der „Oldenburger Kurve“ nur zuzustimmen, wenn die Deutsche Bahn folgende verbindliche Zusagen gibt:

**1. Stadtgebiet ist Wohngebiet!**

Alle angrenzenden Grundstücke werden bezüglich des Lärmschutzes, unabhängig von ihrer jetzigen Ausweisung im Flächennutzungsplan, wie Wohngebiete betrachtet. Dies gilt insbesondere für das jetzige Gewerbegebiet „Plantage“, sowie für die Mischgebiete in unmittelbarer Nähe zu den Gleisanlagen. Die Entwicklung der Stadt und der Stadtteile darf durch die neue Baumaßnahme der Bahn nicht nachhaltig behindert werden.

**2. Schutz der Schulen!**

Priorisierung der Lärmschutzmaßnahmen in der Nähe von Schulen. Bildung ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Sie darf nicht unter einer für die Bahn kostengünstigen Verkehrsführung leiden.

**3. Grüne Plakette für Lärmschutz!**

Ähnlich der Umweltzonen im Straßenverkehr, werden die innerstädtische Gleisstrecken als spezielle Lärmschutzzone ausgewiesen. Das durchfahren dieser Lärmschutzzone ist nur lärmreduzierten Waggons gestattet. Wenn dies in Ermangelung geeigneterer Waggons nicht unverzüglich durchsetzbar ist, muss ein Plan zur schrittweisen Umsetzung erstellt werden. Für diese Lärmschutzzone sind geeignete Grenzen und Maßnahmen zu Überwachung festzulegen.